Nr. 594 / A 300 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 16. Dezember 1928 / V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur im Ausn. d. Handelsteils: Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Lugano-Abschluß

Gemeinsame Erklärung der Drei

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Lugano**, 15. Dezember

Das seit Tagen angekündigte Communiqué über die gemeinsamen Verhandlungen der Außenminister Frankreichs Deutschlands und Englands in Lugano ist heute nachmittag 4 Uhr herausgegeben worden, nachdem die drei Außenminister am Schluß der Vormittagssitzung des Völkerbundrates den Text gemeinsam festgestellt hatten. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

„Die Tagung des Völkerbundrates hat uns die Möglichkeit gegeben, die seit langem unterbrochene Fühlungnahme wieder aufzunehmen und zu einem Meinungsaustausch zu kommen, der außerordentlich nützlich gewesen ist. Diese Unterhaltungen haben uns dazu geführt, stärker als jemals dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß eine Politik der Versöhnlichkeit und der Annäherung unserer Länder am meisten geeignet ist, den Frieden zu gewährleisten. Dieser Politik bleiben wir treu ergeben. In diesem Geiste werden wir auch die auf Grund des in Genf am 16. September dieses Jahres erzielten Uebereinkommens eingeleiteten Verhandlungen zwischen den sechs beteiligten Mächten weiterführen. Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Regelung der Schwierigkeiten zu gelangen, die aus dem Kriege entstanden sind, um dergestalt auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens die glückliche Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern sicherzustellen.

Lugano, 15. Dezember 1928.

Aristide Briand.
Austen Chamberlain.
Dr. Gustav Stresemann."

Nachtvorstellung im Wallot-Haus

Man erinnert sich an manche Sitzung in diesem Saale, die sich bis zur mitternächtlichen Stunde dehnte, aber es ist noch nicht vorgekommen, daß der Beginn einer Reichstagssitzung auf die zehnte Abendstunde anberaumt worden ist mit der sicheren Anwartschaft auf eine anschließende Morgensitzung, die in der fünften Minute des neuen Tages ausgangen soll.

Auf das Publikum wenigstens scheint diese Neuheit den Reiz einer Sensation zu üben, denn die Tribünen sind dicht gefüllt und auch unten im Saale sind nur wenige Plätze unbesetzt. Das stellt dem Eifer der Abgeordneten ein gutes Zeugnis aus. Es mag manchem Parlamentarier schwer gefallen sein, nicht schon den silbernen Sonntag in die Weihnachtsfeier einzubezogen.

Diese Fleißaufgabe unmittelbar vor den Weihnachtsferien hat die Wirtschaftspartei dem Reichstage aufgezwungen. Wegen einer Verärgerung über den Verlust von einigen Ausschußsitzungen hat die Wirtschaftspartei der Erledigung der ersten Beratung des Nachtragsetats in der Freitagssitzung widersprochen. Sie war formell dazu berechtigt, weil die Drucksachen nicht 24 Stunden vorher verteilt waren. Im Reichstage hoffte man, die Wirtschaftspartei würde auf ihre kleinliche Demonstration verzichten und ihren Widerspruch wenigstens soweit zurückziehen, daß die Beratung des Nachtragsetats und die Verweisung an den Ausschuß am Sonnabend abend möglich sein würde. Aber Herr Drewes und Prof. Dr. Bredt zeigten sich bockbeinig. Es muß noch eine Sonntagsmorgensitzung abgehalten werden, trotzdem man mit der Tagesordnung der ersten Nachtsitzung schon in 40 Minuten zu Ende ist.

Bis Mitternacht sind noch ¾ Stunden, die die Abgeordneten wartend im Restaurant verbringen müssen, wo nach einem unergründlichen Ratschluß des Präsidiums zwar Bier, aber sonst Alkohol ausgeschenkt werden darf. Doch zeigt es sich, daß diese partielle Prohibitionsbestimmung nicht strikt durchgeführt wird.

Um Mitternacht füllten sich wieder der Plenarsaal und die Tribünen. Viele Abgeordnete sind im Abendanzug erschienen, ebenso einige Minister, darunter der Reichskanzler. Die Winterfaison hat schon begonnen, und die Herren Politiker hatten auch an diesem Sonnabend gesellschaftliche Verpflichtungen.

Punkt 5 Minuten nach 12 Uhr eröffnet Löbe die Sitzung und erteilt sofort dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort. Außer diesem stehen auf der Rednerliste noch die Namen von Vertretern aller Parteien. Auch bei nur 30 Minuten Redezeit rechnet man sich aus, daß diese parlamentarische Nachtvorstellung mindestens bis nach 4 Uhr früh dauern wird.

Hilferdings Etatsrede

Als erster Redner der Sonntagfrühsitzung des Reichstags erläutert Reichsfinanzminister Dr. **Hilferding** seine Etatsforderungen:

Der Etat hat eine doppelte Bedeutung, einmal als Nachtragsetat für 1928, dann als ordentlicher Personaletat für 1929. Dieser Nachtragsetat ist deshalb notwendig geworden, weil ein besonderer Personaletat 1928 nicht vorgelegt werden konnte, das Haus aber Wert darauf legte, eine genaue Uebersicht über die vorgesehenen Personalausgaben für 1928 zu haben. Der Redner erörtert nun die einzelnen Etatposten und führt dann weiter aus: Es ist unmöglich, den Reichsbeamten auf die Dauer eine schlechtere Stellung zuzumuten als die Landesbeamten sie haben, da ja die Reichsbeamten doch eine mindestens ebenso große Arbeitslast zu tragen haben wie die Landesbeamten. Ueber die vorgesehene Ausgestaltung des Statistischen Reichsamts liege eine Doppelvorlage vor, da der Reichsrat die geforderten Mittel nicht bewilligt hat. Im ganzen werden die Steuern nicht zur Deckung unserer Ausgaben ausreichen. Dabei muß hinzugefügt werden, daß die Lohnsteuer trotz ihrer Senkung die vorgesehenen 1300 Millionen Mark Ertrag überschreiten wird.

Noch niemals seit 1924 hat ein Reichsfinanzminister eine so schwere Aufgabe vor sich gesehen, den Etat zu balancieren, wie das mit dem für 1929 der Fall ist. Besonders schwer wirkt die Reparationslast deshalb, weil das in Deutschland vorhandene Kapital noch nicht einmal dazu ausreicht, die Bedürfnisse unserer deutschen Wirtschaft zu erfüllen. Ich hoffe und glaube, daß der Etat für 1929 rechtzeitig gbis zum 1. April des nächsten Jahres verabschiedet wird. Die notwendige Vermehrung der Einnahmen wird einem großen Teil der Bevölkerung Opfer auferlegen. (Hört, hört! rechts) Ich appelliere an das Verantwortungsgefühl dieses Hauses, dem Reich die Mittel zu geben, die zum Ausgleich seines Etats notwendig sind. Das ist die wichtigste Forderung der Stunde, und dafür, daß das Reich gesunde Finanzverhältnisse bekommt, daß Einnahmen und Ausgaben sich die Wage halten, tragen die Parteien dieses Hauses ebenso die Verantwortung, wie die Reichsregierung. (Beifall bei den in der Regierung vertretenen Parteien.)

(Siehe auch vierte Seite.)

Wirtschaftsverhandlungen London—Nanking

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wh **London**, 15. Dezember

Nach einer Information des „Star" haben in Nanking in der vergangenen Woche wichtige Verhandlungen zwischen dem Außenminister der chinesischen Nationalregierung und dem britischen Gesandten in Peking stattgefunden, die darauf ausgehen, einen Handelsvertrag mit China abzuschließen. Die englischen Gesichtspunkte bei den Verhandlungen seien: Erstens ein einheitlicher chinesischer Zollwall; zweitens Meistbegünstigung für den Import britischer Waren; drittens keine plötzlichen Aenderungen der festzulegenden chinesischen Zollpolitik.

Minderheiten

Von

Georg Bernhard

Auf das Genfer Communiqué, das von den Vertretern Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Belgiens und Japans unterzeichnet war, ist das Manifest von Lugano gefolgt, das die Unterschriften des deutschen, französischen und englischen Außenministers trägt. In Lugano sind keinerlei Abmachungen getroffen worden wie in Genf. Es kommen deshalb auch in dem soeben veröffentlichten Schriftstück die Worte „Reparationen" und „Besatzung" nicht vor. Es erscheint auf den ersten Blick bei aller Herzlichkeit in der Form sachlich inhaltleer. Alle an den Unterredungen der letzten Tage beteiligten Staatsmänner haben sich ängstlich bemüht, das Geheimnis zu hüten. Aus dem Inhalt ihrer Besprechungen ist deshalb sehr wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Aber man kann zwischen den Zeilen ihrer Verlautbarung vieles lesen, was nicht im Text steht. Jedermann wußte, daß in Lugano über die Dinge nicht verhandelt werden konnte, die Gegenstand der Expertenkonferenz und späterer offizieller Beratungen über die Räumungsfrage sein werden. Nur der Vorbereitung konnte die Zusammenkunft in Lugano dienen. Es war notwendig, den politischen Boden zu bereiten, bevor die Sachverständigen sich zu ernsthaften Erörterungen zusammensetzten. In Paris, in Berlin und in London hatte sich seit der letzten Genfer Ratstagung manches ereignet, das Steine auf diesen Boden brachte. Die deutsche Oeffentlichkeit ist über das, was sich da abgespielt hat, nur sehr mangelhaft unterrichtet worden. Man hat in Berlin die Reden Briands und Chamberlains und in Paris und London wiederum die Reden des Reichskanzlers und Dr. Stresemanns stark in den Vordergrund gerückt. Dabei ist etwas zu kurz gekommen, die Berichterstattung über das Auftreten des amerikanischen Reparationsagenten in Berlin. Parker Gilbert hat, nachdem anscheinend die Verhandlungen zwischen dem deutschen Botschafter und Poincaré bereits zu Formulierungen geführt hatten, die sich dem deutschen Standpunkt näherten, den Ausschlag dafür gegeben, daß die Reparationskommission die Sachverständigen mit Ausnahme der deutschen Delegierten zur Sachverständigenkonferenz ernennen soll. Die Staaten werden sie auswählen und vorschlagen. Ihre Bestellung jedoch erfolgt sie von der Reparationskommission. Den Eingeweihten braucht diese Haltung Parker Gilberts, der ja wahrscheinlich selbst zum amerikanischen Sachverständigen ernannt werden wird, nicht auffallend zu erscheinen. Man darf nicht vergessen, daß die Ernennung der Sachverständigen zum Dawes-Komitee auf die gleiche Weise zustande gekommen war. Dagegen hat es den Anschein, als ob Parker Gilbert in Paris diesmal eine gewisse Verstimmung gegen Deutschland ziemlich offen zur Schau trug. Eine Haltung, die im Gegensatz zu allem steht, was man bisher von ihm gewohnt war. Man ist darüber selbst in französischen Kreisen erstaunt gewesen und vermutet, daß vor der Abreise Parker Gilberts in Berlin irgend etwas vorgekommen sei, das diese Verstimmung verursachte. Aus dieser Beobachtung ergibt sich für die deutschen Unterhändler das Gebot einer besonderen Vorsicht auf der Konferenz. Der amerikanische Reparationsagent kennt die Ziffern und Daten des deutschen Wirtschaftslebens sehr genau. Er kennt sie genauer als viele Deutsche. Daß er aus ihnen mehrfach Schlüsse gezogen hat, die nicht jeder Deutsche unterschreiben kann, ist eine Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Die deutschen werden diese Schlüsse nur widerlegen können, wenn sie die Tatsachenkenntnis Parker Gilberts respektieren und im übrigen eine Politik unbedingter Gradlinigkeit und Wahrhaftigkeit verfolgen.

*

Gerade wegen der vielen Schwierigkeiten, die auf der Konferenz auch von außerhalb der deutschen, französischen und englischen Sphäre entstehen werden, war es doppelt erwünscht, daß die drei Außenminister zunächst einmal ihr persönliches Verhältnis und das ihrer Länder zueinander bereinigten. Das scheint geschehen zu sein. Denn die Form des Schriftstückes, das sie zusammen in Lugano aufsetzten, geht in seiner Herzlichkeit weit über die konventionelle Uebung hinaus. Es betont — in dieser Weise überhaupt seit Locarno zum ersten Male —, daß die drei Außenminister bestrebt sein werden, endlich die letzten Reste der Nachkriegsschwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Das ist immerhin ein Wort, in dem man vielleicht doch etwas mehr als bloß eine Buchstabenzusammensetzung sehen kann. In der letzten Zeit ist Briand nicht bloß Deutschland gegenüber sehr zurückhaltend gewesen, sondern er hat deutlich mehrfach zur Schau getragen, daß er die Verantwortung für die schwebenden Verhandlungen Poincaré zu überlassen gewillt sei. Wenn er jetzt so verbindlichen Sätzen seine Zustimmung gibt (sie womöglich gar selbst verfaßt hat), so darf man annehmen, daß er der Zustimmung